



STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag	Vorlage Nr.:	2019/0924
DIE LINKE-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez.4
Betriebsratsmitglieder als Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten in alle Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften einbinden		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	24.09.2019	25	x	

Kurzfassung

Der Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion bezieht sich in Ziffer 1 auf die Bestellung beratender Aufsichtsratsmitglieder. Die Stadtverwaltung empfiehlt in ihrer Stellungnahme von der Bestellung beratender Aufsichtsratsmitglieder abzusehen und die Anträge abzulehnen.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE geht noch über die Forderung der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hinaus und fordert stimmberechtigte Mitglieder zu bestellen.

Insofern empfiehlt die Verwaltung, auch den Änderungsantrag Der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/>				
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:				
<input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant		Nein	Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein	Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein	Ja	abgestimmt mit

Der Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion bezieht sich in Ziffer 1 auf die Bestellung beratender Aufsichtsratsmitglieder. Die Stadtverwaltung empfiehlt in ihrer Stellungnahme von der Bestellung beratender Aufsichtsratsmitglieder abzusehen und die Anträge abzulehnen.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE geht noch über die Forderung der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hinaus und fordert stimmberechtigte Mitglieder zu bestellen.

Insofern empfiehlt die Verwaltung, auch den Änderungsantrag Der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.